

MOZ 10/01/15

Bauern beklagen Wucher bei Bodenpreisen

Äcker sind 15 Prozent teurer geworden

Von HENNING KRAUDZUN

Potsdam (MOZ) Die Preisspirale auf dem Markt für Agrarflächen dreht sich unvermindert weiter. Bauern kritisieren daher die Ausschreibungspraktiken der bundeseigenen Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG). Die weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Es ist eine stolze Summe, die von der BVVG im vergangenen Jahr an ihren Auftraggeber, das Bundesfinanzministerium, überwiesen wurde: 507 Millionen Euro konnte das Ressort von Wolfgang Schäuble (CDU) aus der Verwertung ehemals volkseigener Agrarflächen in den ostdeutschen Ländern verbuchen. 6,5 Milliarden Euro Überschuss erzielte die Gesellschaft seit ihrem Bestehen. Doch Geschäftsführer Stefan Schulz erklärte am Freitag, dass es nicht um maximale Gewinne, sondern um eine Stärkung örtlicher Bauern gehe. Diese hätten durch Direktverkäufe am meisten profitiert.

Die alljährlich von der BVVG vorgestellte Geschäftsbilanz wird immer wieder von Kritik begleitet. Landwirte werfen dem staatlichen Unternehmen Preistreiberei vor. Dem tritt Schulz auch bei der Vorstellung der Zahlen am Freitag in Berlin entgegen: „Wir sind gehalten, die Flächen zum Marktwert zu verkaufen.“ Auch würden nicht Investoren beim Kauf bevorzugt, betont der BVVG-Geschäftsführer. Für Agrarkonzerne seien die angebotenen kleinen Lose uninteressant. „Die Umwälzungen spielen sich außerhalb unseres Bereichs ab. Da werden Agrargesellschaften komplett verkauft“, erläutert er.

Dabei sind die Verkaufspreise für Agrarland im vergangenen Jahr erneut nach oben geschneit. In Brandenburg wurden im Vorjahr im Schnitt 13 730 Euro pro Hektar verlangt – ein Anstieg von 15 Prozent binnen Jahresfrist. 10 000 Hektar wurden 2014 in der Mark größtenteils über Aus-

schreibungen verkauft. Hinzu kommen 4000 Hektar Wald.

Zum Vergleich: In Mecklenburg-Vorpommern wurden im vergangenen Jahr durchschnittlich 19 700 Euro pro Hektar verlangt, in Sachsen-Anhalt gar 23 300 Euro. Auch für die kommenden Jahre sagt Schulz steigende Preise voraus. „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft sind sehr gut, die Agrarpolitik ist stabil – und Boden ist eben nicht vermehrbar.“

Auch bei der BVVG, die derzeit in Ostdeutschland noch 190 000 Hektar Acker- und Grünflächen im Portfolio hat, wird es in naher Zukunft spürbare Änderungen geben: Die Hälfte der Niederlassungen werde 2015 schließen, sagt Co-Geschäftsführer Wolfgang Suhr.

Darunter die Zweigstelle in Cottbus. Gleichzeitig wird Personal abgebaut. Auch bei der Geschäftstätigkeit gibt es Ver-

Verkauf ostdeutscher Agrarflächen brachte dem Bund im Vorjahr 500 Millionen Euro

schiebungen. So werde es ab 2017 nur noch wenige Direktverkäufe an Pächter geben, ein Großteil der Flächen gelange auf den freien Markt, sagt er.

Für viele Bauern sind die aufgerufenen Preise ein großes Problem. „Die sind ökonomisch kaum darstellbar“, sagt Wolfgang Scherfke, Geschäftsführer des Landesbauernverbands. „Durch immer weiter steigende Bodenpreise wird der hiesigen Landwirtschaft viel Geld entzogen. Das ist höchst problematisch.“ Der Brandenburgische Bauernbund bezeichnet die BVVG als „staatlichen Quasimonopolist“, der „skandalöse Ausschreibungspraktiken“ anwende. Dadurch würden Investoren erst angelockt, so Geschäftsführer Reinhard Jung. „Dass ortsansässige Bauern profitieren, ist eine falsche Aussage. Denn die Höfe gehören ihnen oft doch gar nicht mehr, sondern Kapitalgesellschaften.“

Aus Sicht des Agrarministeriums gibt es bislang keine Handhabe, die Entwicklung zu stoppen. „Die Preise wird der Staat nicht regulieren können“, sagt Sprecher Jens-Uwe Schade.